



## **Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen (Nachträge vom 21.07.2015)**

*Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru*

Lug-info.com: Der Text der Vereinbarung über einen Abzug von Waffen eines Kalibers unter 100mm wurde auf der Sitzung der Untergruppe der Kontaktgruppe zur Sicherheit angenommen, in der Kontaktgruppe selbst ist er bisher nicht paraphiert. Dies erklärte der bevollmächtigte Vertreter bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

„Der Text der Vereinbarungen zum Abzug von Waffen wurde von den Mitgliedern der Untergruppe zur Sicherheit in vollem Umfang abgestimmt, aber zur Paraphierung des Dokuments durch die Mitglieder der Kontaktgruppe ist es bisher nicht gekommen“, sagte er.

Lug-info.com: Die zerstörten Objekte der Wasserversorgung durch die westlichen Filterstation, die eine Reihe von Ortschaften der LVR und der DVR versorgt, können auf Rechnung Deutschlands wiederhergestellt werden. Dies erklärte heute der bevollmächtigte Vertreter der Republik in der Kontaktgruppe Wladislaw Dejnego.

„Es wurden Objekte der Wasserversorgung für die Wiederherstellungen bestimmt, die mit der westlichen Filterstation verbunden sind. Auf Rechnung von Mitteln, die von Deutschland zur Verfügung gestellt werden, kann ihre teilweise Wiederherstellung erfolgen, um die Wasserversorgung im notwendigen Umfang für eine Reihe von Ortschaften der LVR und der DVR sicherzustellen“, erklärte er und erläuterte, dass das genannte Thema auf der Sitzung der Untergruppe zur Ökonomie erörtert wurde.

Er fügte auch hinzu, dass die OSZE-Vertreter, die auf der Sitzung der Untergruppe anwesend waren, auch ein komplexes Herangehen an die Wiederherstellung der zerstörten Objekte der Wasserversorgung unterstützten.

„Nun erwarten wir von der Ukraine eine schriftliche Vereinbarung, um den Prozess zur Wiederherstellung der Objekte der Wasserversorgung zu beginnen“, unterstrich Dejnego.

Dan-news.info: Kommentar Eduard Basurins zur Erklärung des Pressesekretärs des Präsidenten der Ukraine S. Zegolko, der erklärt, dass „auf Anweisung des Präsidenten, die Vertreter der Ukraine in der dreiseitigen Kontaktgruppe die Annahme einer Vereinbarung über die Unterzeichnung eines Zusatzes zum Maßnahmenkomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar „erreichten“, in dem Teil, der den Abzug von Panzern und Artillerie mit einem Kaliber unter 100 mm und Granatwerfern betrifft“.

Wir haben während drei Tagen freiwillig und, ich unterstreiche, auf eigene Initiative, all unsere Panzer und Panzertechnik von der Kontaktlinie mit den ukrainischen Truppen abgezogen.

Dabei geschah dies alles unter Anwesenheit der OSZE-Beobachter und einer großen Zahl von Journalisten aus der ganzen Welt.

Während dieser Tage haben die ukrainischen Truppen weiterhin unsere Ortschaften beschossen. Und der Vertreter der Ukraine im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung Generalmajor Taran hat vorgestern überhaupt unsere Initiative „Entfesselung eines Informationskriegs“ genannt.

Von wem also haben die Vertreter der Ukraine „auf Anweisung des Präsidenten“, wie das sein Pressesekretär Zegolko sagte, die Annahme einer Vereinbarung über den Abzug von Panzertechnik erreicht? Und mit welchem Methoden: Beschüsse, Provokationen, Desinformationen?

Ich bin überzeugt, dass der genannte Kommentar eines Vertreters des ukrainischen Präsidenten, milde ausgedrückt, „das Thema verfehlt hat“ und eine Tage zu spät kam. Gleichzeitig begrüßen wir beliebige Schritte Kiews zu einer schnellstmöglichen Deeskalation der Lage im Donbass.

Und wir hoffen darauf, dass die ukrainischen Truppen weitaus schneller mit ihrer Erfüllung beginnen, als die Zeit, die die Vorbereitung einer entsprechenden „Anweisung des Präsidenten“ an die Vertreter der Ukraine in der dreiseitigen Kontaktgruppe in Anspruch genommen hat.

Dan-news.info: Die Kontaktgruppe zur Regelung der Situation in der Ukraine hat heute den Text einer Vereinbarung über einen etappenweisen Abzug von Panzern, Panzertechnik und Waffen eines Kalibers von weniger als 100mm abgestimmt. Das Dokument ist bisher nicht unterschrieben.

Nach den Worten der Leiters der Delegation der DVR bei den Verhandlungen in Minsk Denis Puschilin werden dies die Oberhäupter der DVR und der LVR Alexandr Sachartschenko und Igor Plotnizkij später tun.

Bei der Demilitarisierung von Schirokino gibt es keine Bewegung.

Schwieriger verlief der Dialog bei den politischen Fragen. Der Vorsitzende der OSZE Ivica Dačić gab zu, dass es nicht gelungen ist, sich bei der Lösung der Fragen der Wahlen in der Ukraine vorwärts zu bewegen. „Wir haben keinen wesentlichen Fortschritt in dieser Richtung erreicht“, sagte er.

Dabei unterstrich Dačić, dass „örtliche Wahlen einer der Schlüsselfragen sind, wie auch die Frage der Feueereinstellung, die die Normalisierung der Situation unterstützen“. Zum Herbst hin, wenn in der Ukraine Wahlen stattfinden sollen, „ist es nötig, Bedingungen für ihre Durchführung mit allen Seiten – Kiew und Donbass – abzustimmen, es müssen auch OSZE-Beobachter dort sein“, sagte er.

Die Tatsache, dass es im politischen Block überhaupt nicht gelungen ist, einen Durchbruch zu erreichen, gab auch der bevollmächtigte Vertreter der LVR in der Kontaktgruppe Wladislaw Dejnego zu. Nach seinen Worten „beobachtet man in der Untergruppe einen ernsthaften Stillstand“. „Die Ursache liegt darin, dass die Ukraine sich äußerst unkonstruktiv aufführt“, sagte er.

Die Dokumente, für die vor kurzem die Oberste Rada stimmte – die Entwürfe über Wahlen und Änderungen in der Verfassung - „fallen absolut aus dem Kontext des Maßnahmenkomplexes, der am 12. Februar unterschrieben wurde“, fügte Dejnego hinzu. „Dieser Text wurde nicht mit uns erörtert, weder in der Arbeitsgruppe zu politischen Fragen noch in der Kontaktgruppe. Er entspricht zurzeit absolut nicht dem Minsker Friedensprozess. Er muss aufgehoben werden“.

Nach Auffassung der DVR und der LVR muss Kiew stattdessen Änderungen in der Verfassung der Ukraine beschließen, die das zuvor aufgeschobene Gesetz über einen besonderen Status des Donbass in Kraft setzen. Im Text der Verfassung ist es auch nötig eine geeignete Beschreibung dessen einzufügen, was der besondere Status des Donbass darstellt und ihn auf dauerhafter Grundlage zu befestigen. In diesem Zusammenhang haben die Republiken heute erklärt, dass eine Verlängerung der Geltungsfristen für „Minsk-2“ möglich ist.